

Braucht Hamburg eine Kommunalverfassung?

Für eine Bezirksversammlung als echtes Kommunalparlament

Ein neues Gesicht im Kreisvorstand

Der neue Kreisvorsitzende der AG 60plus

Die europäische Verfassung und Hartz IV

Was hat die Europäische Verfassung mit Hartz IV zu tun?

Dem heißen Herbst ent- gegen

Von Inka Damerau
Nach wie vor erhitzt
die Umsetzung von
Hartz IV die Gemüter ...



S. 2

Sozialdemo- kratische Alternativen

Von Jürgen Näther
„Warum sollte man
heute noch in (für)
die SPD eintreten ...?“



S. 5

iaf in Not

Von Ilse
Schwenkel-Omar
Beratungsstelle des
Verbands binatio-
naler Familien und
Partnerschaften
ab 2005 ohne Förderung ...



S. 7

Raus aus der „Agen- da“-Sack- gasse!

Von Urs Tabbert
und Sönke Klages
Sozialdemokratische Alternativen ...



S. 8-9

EDITORIAL

Harte Zeiten für Sozialdemokraten: Dauerumfragetief, Massenproteste, Parteiaustritte und eine weitere Wahlniederlage, diesmal im Saarland. „Warum bin ich eigentlich noch in der SPD?“, fragen sich viele von uns diese Tage.

Die Antwort darauf fällt oft nicht leicht, doch eins ist klar: Die Antwort heißt nicht „Hartz IV“ und auch das Argument des geringeren Übels trägt langfristig nicht.

Vielleicht hilft ja die Antwort auf die Frage, „Warum bin ich in die Partei eingetreten?“ Bei den meisten von uns hat, das glaube ich, viel mit den drei Worten zu tun, die auf unserer SPD-Card stehen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Und so kann eine der Antworten auf die Frage, „Warum bleibe ich in der SPD?“, lauten: „Weil ich für eine Politik streiten möchte, die diesen Dreiklang wieder harmonisch erklingen lässt“.

Damit sollten wir jetzt beginnen, denn wir alle sind die Partei und wann, wenn nicht jetzt – in der Zeit der Krise und zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl – ist der richtige Zeitpunkt dafür?

Der neue Nordwind zeigt, dass ich mit dieser Ansicht nicht allein stehe: Das macht Mut!

Euer Urs

Dem heißen Herbst entgegen

Von Inka Damerau

Der Sommer ist fast vorbei, vor uns liegt ein heißer Herbst. Davor wegzutauchen wäre ein Fehler. Nach wie vor erhitzt die Umsetzung von Hartz IV die Gemüter und schlägt sich in zahlreichen Protestdemonstrationen nieder. Handwerkliche Fehler allein sind dafür nicht verantwortlich.



Allerdings wird die politische Schiefelage durch handwerkliche Fehler weiter verstärkt. Wo es möglich ist im Umsetzungsprozess, sollten Forderungen nach Veränderung und Weiterentwicklung gestellt werden: Um zu fördern braucht es Jobs. Deshalb fordern wir eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durch Bundesregierung und Hamburger Senat.

Die anstehende Diskussion um die Bürgerversicherung sollten wir als Chance nutzen, um gegen das Modell der CDU mit ihrer Kopfpauschale zu polarisieren.

Die Arbeitgeber und ihre Verbände nutzen die „Gunst der Stunde“ und laufen sich bereits ein. Ihr Thema: die Durchsetzung der 40 Stunden Woche und die Zerschlagung des Flächentarifvertrages, das Kernstück der Mitbestimmung. Genügend Stoff also, um sozialdemokratische Breitseite zu geben.

Einen heißen Herbst sollten wir auch dem Hamburger Senat nicht vorenthalten und die von Ver.di geplanten Aktionen unterstützen.

Werden die angekündigten Sparmaßnahmen durchgezogen, wird es eine verschärfte soziale Polarisierung geben:

- Schule und Bildung: Steigende SchülerInnenzahlen und wachsende Aufgaben erfordern nicht weniger, sondern mehr Lehrer. Der Kinderbetreuung droht eine massive Standardverschlechterung durch geplante Einsparungen in Höhe von rund 70 Millionen Euro.

Den öffentliche Bücherhallen, der meistgenutztesten bürgernahen Kultureinrichtung in den Stadtteilen, drohen weitere Schließungen.

Die Volkshochschule muss ihr Angebot gerade für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Schüler, Studenten und Auszubildende einschränken, da die Zuschüsse für Ermäßigungen abgebaut werden sollen.

- Frauenhäuser: Bei der drohenden Schließung des ersten Hamburger Frauenhauses verlieren 400 bis 450 Frauen und Kinder Schutz und Hilfe.
- Schwimmbäder: Den Schwimmbädern drohen durch Einsparungen in Höhe von Euro 1,5 Millionen Schließungen von zwei bis drei Bädern.

Aller Orten wird über Finanznot geklagt, das ist ja nicht neu. Somit liegt die Frage auf dem Tisch, wie der Haushalt mit Mehreinnahmen aufgestockt werden kann.

Ver.di Chef Wolfgang Rose macht unter anderem deutlich, dass 150 Mio Euro allein durch die Einstellung von 200 Betriebsprüfern in die Landeskasse fließen könnten. Soll heißen: Steuerhinterziehung muss geahndet werden.

Grundlegend dreht der Senat schon jetzt an den demokratischen Beteiligungsstrukturen in der Kommunalpolitik. Unter dem Deckmantel einer Bezirksverwaltungsreform soll die lebendige demokratische Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürger in ihrem Quartier beschnitten werden. Mit einem Thesenpapier zur Bezirksverwaltungsreform und zur Gestaltung kommunaler Demokratie wird sich der Kreis Nord in den kommenden Monaten in die Diskussion einbringen.

Der Kreisvorstand hat sich ein Arbeitsprogramm gegeben. Es setzt folgende Schwerpunkte: soziale Großstadentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Bürgerversicherung, Bildungspolitik, Grundsatzprogrammarbeit. Auf allen Ebenen wird die Mitgliederarbeit verstärkt werden: unter anderem durch Bildungsarbeit sowie durch einen verstärkten öffentlichen Auftritt in die Partei hinein und nach außen.

Wenn wir Viele sind, bewegen wir mehr! (Das Arbeitsprogramm kann im Kreisbüro angefordert werden.) ■

**Schwieger
PageDesign**

www.schwieger-d.com

Ihr Internet-Auftritt

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31
22179 Hamburg
040 -69 69 25 69
info@schwieger-d.com

In eigener Sache ...

Seit dreieinhalb Jahren gibt es den „Nordwind“, die Kreiszeitung der SPD in Hamburg-Nord. Nach ein paar Anfangsschwierigkeiten kann man inzwischen doch sehen, dass er den Kinderschuhen entwachsen ist und sich in unserem Kreis als Kommunikationsmittel etabliert hat.

Kerstin Völsch, Kreisbüro

Dank der intensiven und ehrenamtlichen Unterstützung des Genossen Thomas Biedermann kann sich auch das Erscheinungsbild sehen lassen. Anrufe und Leserbriefe zeigen, dass die Artikel gelesen und diskutiert werden. Zuspruch, Widerspruch, Lob oder Kritik – alle Reaktionen sind willkommen.

Abgesehen vom „vorwärts“ mit dem „Hamburger Kurs“ ist der „Nordwind“

das einzige Druckerzeugnis, das noch alle Mitglieder „auf die gute alte Art“, also per Post und schwarz auf weiß, nach Hause geliefert bekommen. Der Kreis lässt sich das viel Geld kosten – Druck und Versand der Zeitung verschlingen einen gehörigen Anteil an unserem Gesamtetat.

Auf die Zeitung wollen wir nicht verzichten, aber wir hören immer mal wieder, dass das eine oder andere Mitglied auf die Zusendung des „Nordwind“ verzichten möchte, z.B. weil Familienan-

gehörige ihn sowieso bekommen. Andere wiederum hätten den Nordwind gern in elektronischer Form, also als Datei. Wenn wir diese Wünsche kennen, können wir natürlich Versandkosten sparen. Lasst uns also wissen, wenn ihr

- den Nordwind in Zukunft als PDF-Datei bekommen wollt, oder aber
- den Nordwind gar nicht zugeschickt haben wollt.

Ein Anruf im Kreisbüro (Telefon 4 60 3042) oder eine Mail an hh-nord@spd.de reicht aus, und wir regeln das! ■

Ein neues Gesicht im Kreisvorstand

Mein Name ist Werner Kiebel, und ich bin seit der Organisationswahl der AG 60plus am 13. April 2004 der Kreisvorsitzender dieser AG.

Ich bin 78 Jahre alt und seit meinem 25. Lebensjahr in der SPD. 1944 wurde ich noch zur Kriegsmarine eingezogen und wurde zum Funker ausgebildet.

Gelernt habe ich von 1940 bis 1943 den Beruf eines Formers. Ich war in jungen Jahren in meiner Heimatstadt Duisburg lange Jahre im Betriebsrat der Firma Eisenwerk Wanheim. 1953 wurde ich Mitglied der Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse Rhestahl Wanheim. Bei der Konstituierung wurde ich zum Vorsitzenden der Vertreterversammlung gewählt. 1956 wurde ich Obmann einer Siedlergruppe, die in drei Jahren ihre Häuser nach der normalen Schicht selbst gebaut haben.

Zur selben Zeit wurde ich als Bürgerchaftsvertreter in den Bauausschuss der Stadt Duisburg gewählt. Ich war seit 1951 immer im Vorstand des SPD-Ortsvereins Wanheim.

1963 wurde ich schwer krank und musste meinen Beruf aufgeben. 1966 habe ich zum Bürokaufmann umgeschult. 1969 ha-

be ich Programmierer gelernt und in diesem Beruf bis zur Pensionierung gearbeitet.

1985 kam ich nach Hamburg. Hier wurde ich wieder zur Mitarbeit in der SPD angehalten. Ich habe dieses Angebot gerne angenommen. Seit 1998 bin ich im Vorstand des Distriktes Barmbek-Mitte.

Ich glaube, viele GenossenInnen in Hamburg sehen das nicht besonders gern, wie Mitglieder der SPD versuchen, der eigenen Partei ans Bein zu pinkeln. Wir müssen wieder lernen, berechtigte Kritik dort auszusprechen, wo es angebracht ist, und zwar in unseren Distrikten und Kreisen, und wenn es dann nötig sein sollte, kann der Kreis die kritischen Angelegenheiten weiterleiten.

Als Vorsitzender der AG 60plus bin ich in den Kreisvorstand gewählt worden. Hier möchte ich mich für die Menschen einsetzen, die am Ende

der Stange stehen. Sich also nicht mehr selbst so wehren können, wie sie es gerne noch tun würden.

Hier soll und muss auch unsere Arbeit einsetzen. Dass wir als Vorstand von 60plus auch auf Hilfe hoffen, ist wohl an der Größe dieser Aufgabe zu erkennen. ■



PC - Service Faust



- Installation von Betriebssystemen
- Software- / Hardware-Konfiguration
- EDV-Beratung
- Aufbau eines Netzwerkes
- Alternative Betriebssysteme
- Virenschutz

Bastian Faust

Tel.: 0 40 / 29 88 46 03

Mobil: 01 79 / 79 43 842

E-Mail: bastian_faust@gmx.de

Die europäische Verfassung und Hartz IV

Was hat die Europäische Verfassung mit Hartz IV zu tun? Auf den ersten Blick wenig. Auf den zweiten einiges, betrifft doch beides die Zukunft. Während allerdings in zehn Jahren Hartz IV kein Thema mehr sein wird, begleitet uns die neue Verfassung hoffentlich noch viel länger. Immerhin hat das deutsche Pendant, das Grundgesetz, nun schon seit 1949 Bestand. Es lohnt sich also, einen genaueren Blick auf das europäische Werk zu werfen.

Von Lars Schäfer

Rund 17 Monate lang steckten Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Staats- und Regierungschefs, der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission ihre Köpfe zusammen. Am 10. Juli 2003 war es schließlich soweit: Der Verfassungskonvent der EU legte einen Entwurf für eine europäische Verfassung vor. Dieser wurde und wird derzeit von den Mitgliedstaaten durch die Mangel genommen, geprüft, kritisiert und Änderungsvorschläge geäußert.

Geplant ist, dass am 29. Oktober 2004 in Rom endlich Butter bei die Fische kommt: Die Unterzeichnung des Verfassungstextes steht an. Anschließend wird die Verfassung durch die EU-Staaten ratifiziert – eine Art Genehmigung. Dies passiert entweder durch ein Referendum oder durch die Zustimmung des nationalen Parlaments. In Deutschland sieht das Grundgesetz eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat vor. In Kraft treten soll die Verfassung schließlich am 1. November 2006, wenn sie bis dahin in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist.

Grundrechte jetzt auch in Europa

Was ist wichtig an der künftigen Verfassung? Ein großer Erfolg gerade der deutschen Stimmen im Konvent ist die Einfügung der Grundrechte-Charta in die neue Verfassung. Aus Artikel 51 der Charta ergibt sich, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger der EU auf diese Rechte berufen kann, wenn sie durch Organe der Union verletzt werden.

Zudem müssen die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung europäischen Rechts darauf achten, dass sie chartakonform ist. Ansonsten können die Bürgerinnen und

Bürger klagen und sich auch hier auf ihre EU-Grundrechte berufen.

Demokratische Grundlagen gestärkt

Die häufig bemängelte demokratische Legitimation der Europäischen Union wurde verbessert: So wählt das Europäische Parlament in Zukunft den wohl mächtigsten Menschen der EU, den Präsidenten der Europäischen Kommission. Und da es die EU-Bürgerinnen und Bürger sind, welche das Europäische Parlament wählen, reden sie ein gehöriges Wörtchen mit, wer künftig das Steuerrad der Europäischen Union in Händen hält.

Versteckt in Artikel 46 Absatz 4 findet sich zudem ein weiteres Mittel zur Stärkung der Demokratie in der EU, das europäische Bürgerbegehren. Was derzeit – unterstützt durch die Hamburger SPD – in unserer Hansestadt abläuft, nämlich die Bürgerbegehren „Wasser“ und „Bildung“, wird bald auch in Europa möglich sein. Finden sich in verschiedenen EU-Staaten eine Million Menschen zusammen, können sie für ein bestimmtes Anliegen die Europäische Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes veranlassen. Dieses Recht hatte bisher lediglich das Europäische Parlament. Den Menschen in der Union ist es in Zukunft also möglich, auch zwischen den Wahlen zum Europa-Parlament die Geschicke in Brüssel mitzubestimmen.

Kontrollieren statt meckern

Gerade zu Wahlkampfzeiten ist es nicht nur in Deutschland Mode, über die EU zu meckern. Was verschwiegen wird: Für das Meiste von dem, was angeblich „die da in Brüssel“ entschieden haben, haben die Mitgliedstaaten selbst die Hand gehoben. Denn die Legislative der EU, also der

Gesetzgeber, sind die Minister beziehungsweise

Regierungschefs der EU-Staaten – und nicht der angeblich anonyme und unkontrollierbare Apparat in Brüssel.

Mit Fingerzeigen Richtung Europäische Union nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ werden es deutsche Parlamentarier in Zukunft schwerer haben. Denn nach der neuen europäischen Verfassung wird jeder Entwurf eines EU-Gesetzes den nationalen Parlamenten, in Deutschland Bundestag und Bundesrat, zugestellt. Diese können dann binnen 6 Wochen äußern, dass sie die betreffende Materie selbst ausreichend regeln können.

Sprich: Der europäische Gesetzentwurf verletze das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, wonach eine Maßnahme grundsätzlich auf der niedrigsten Ebene zu entscheiden ist, die dazu fähig ist. Solche Einwände wurden bisher kaum gehört. Beachtet die Europäische Kommission diesen Einwand nicht, kann das betroffene Parlament eine „Subsidiaritätsklage“ beim Europäischen Gerichtshof erheben.

Folge dieser neuen Rechte: Die Parlamente werden sich in Zukunft intensiver um europäische Gesetze kümmern müssen. Die Debatten in den nationalen Parlamenten werden europäisiert, Europa wird mehr als bisher zu den Köpfen und (hoffentlich) Herzen der Bürgerinnen und Bürgern getragen.

Mehr Information

Wer noch mehr wissen will über die europäische Verfassung, kann sich über die Internetseiten des Auswärtigen Amtes informieren. Dort gibt es gut aufbereitete Informationen rund um das Thema. Die Adresse lautet: www.auswaertiges-amt.de.



Auch in Hamburg gefragt: Sozialdemokratische Alternativen

Wer kennt sie nicht – die Flucht in den Zynismus, der sich in rhetorischen Fragen ausdrückt wie: „Warum sollte man heute noch in (für) die SPD eintreten?“ oder „Ist es nicht egal, ob Unsere oder die Schwarzen regieren?“

Von Dr. Jürgen Näther

O ohne Auseinandersetzung miteinander derartigen Haltung an dieser Stelle Bemühungen gleicht, den Papst zum katholischen Glauben zu bekehren?

Mein Eindruck ist leider ein anderer. Die Erfahrung lehrt, dass es dringend geboten ist, Resignation und einem damit korrespondierenden Zynismus mit Entschiedenheit zu begegnen.

Deshalb im Folgenden einige Hinweise darauf, dass es im Interesse jedenfalls der Mehrheit der aktiven und ehemaligen abhängig Beschäftigten – und bekanntlich stellen sie mit ihren Angehörigen die Mehrheit der Bevölkerung – durchaus nicht egal ist, ob Hamburgs Regierung schwarz oder rot dominiert wird.

Jene Mehrheit ist, wie wir doch sehr genau wissen, auf einen leistungsfähigen Staat angewiesen, der den sozialen Frieden sichert und damit auch die Voraussetzungen für eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung schafft, indem er

- demokratische Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht,
- mit den Instrumenten der Steuer- und Abgabepolitik Verteilungsgerechtigkeit betreibt und
- Leistungen der Daseinsvorsorge erbringt, auf die nur sehr Wohlhabende nicht angewiesen sind.

Die hamburgische CDU-Regierung (nennen wir sie, bitte, nicht „Bürgerse-nat“, wenn wir sie, was zutreffend ist, als bürgerlich kennzeichnen wollen), der Beust-Senat also, verfolgt erkennbar Konzepte, die den genannten Zielen entschieden widersprechen. Konzentrieren wir uns im Folgenden auf einige Beispiele öffentlich verantworteter Leistungen.

Die Unterschiede in der Politik aktiv herausstellen

1. Gesundheit: Während der bürgerliche Senat die Entwicklung des Krankenhaussystems im wesentlichen privatwirtschaftlich verfassten Unternehmen überlassen will, halten Sozialdemokraten eine prägende, demokratisch legitimierte Einflussnahme für unverzichtbar. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Zugang zu optimaler stationärer Versorgung allen erhalten bleibt.

Deshalb – und nicht im Interesse vermeintlicher oder tatsächlicher Privilegien öffentlich Bediensteter – engagieren sie sich für den Erhalt städtischer Krankenhäuser.

2. Bildung: Nicht das gegebene Schulsystem, wohl aber das Prinzip staatlich verantworteter Schulen und insbesondere das staatliche Berufsschulwesen als Teil der dualen Berufsausbildung haben sich bewährt.

Die bürgerlichen Privatisierungsideologen steuern gleichwohl einen anderen Kurs, der – zunächst – die Entlassung der Berufsschulen aus staatlicher Kontrolle und Verantwortung zum Ziel hat. Sozialdemokraten werden alles tun, damit Bildung nicht zur Ware wird.

3. Wohnen: Der Beust-Senat vernachlässigt den geförderten Wohnungsbau und gibt Anlass zu befürchten, dass städtisches Eigentum aufgegeben wird. In wessen Interesse dies läge, und dass es für die große Mehrheit der Mieter weniger Sicherheit und höhere Mieten nach sich ziehen müsste, liegt auf der Hand. Für Sozialdemokraten haben ein soziales Mietrecht und gemeinnützige

Angebote einen hohen Stellenwert. Für uns ist Wohnraum keine beliebige Ware.

4. Wasser: Kann man sicher sein, dass der Beust-Senat die Hamburger Wasserwerke, die die Bevölkerung zu soliden Preisen mit anerkannt gutem Wasser versorgen, in private Hände gibt? Sozialdemokraten müssen und werden klarstellen, dass eine kurzfristige und wenig nachhaltige Haushaltssanierung kein Grund sein kann, öffentliches Eigentum zu verscherbeln.

Unser Engagement ist gefragt

Diese Auflistung ist bei weitem nicht vollständig, aber, so hoffe ich, bereits umfassend genug, um Verzweifelten und Zweiflern in Erinnerung zu rufen:

Zur Politik des bürgerlichen Senats gibt es sozialdemokratische Alternativen, deren Durchsetzung im vitalen Interesse einer breiten Mehrheit von Hamburger-

innen und Hamburgern liegt und für die zu kämpfen sich ohne jeden Zweifel lohnt.

Das, so könnten nicht wenige antworten, ist banal; und ich würde dieser Bewertung nicht einmal widersprechen wollen. Aber fragen möchte ich doch: Wird das Banale und Selbstverständliche mit hinrei-

chender Deutlichkeit und Intensität vertreten? – Ich fürchte, dem ist nicht so.

Resignation, Lethargie, Fatalismus und Zynismus (siehe oben) gehören zum Erscheinungsbild unserer Organisation.

Dass das so bleibt und dass unsere Chancen, Gestaltungsmacht zurückzugewinnen, dadurch geschmälert werden, mag ich nicht glauben. ■



Braucht Hamburg eine Kommunalverfassung?

„Abwegig, Geht nicht, Hamburg ist eine Einheitsgemeinde!“ Das sind die Antworten, die man in der Regel bei dieser Frage zu hören bekommt. Hier wird in der Sache dann auch nicht weiter argumentiert. Das Gesetz, das geändert werden soll, wird als Begründung gegen genau diese Gesetzesänderung herangezogen

Von Thomas Domres

Einheitsgemeinde (Art. 4 Hamburger Verfassung) heißt, dass staatliches und gemeindliches Handeln nicht getrennt sind. In der Theorie ist die Bürgerschaft gleichzeitig Landesparlament und Stadtverordnetenversammlung, Kreistag beziehungsweise Gemeinderat. In der Praxis dagegen werden die gemeindlichen Aufgaben von den Bezirksämtern und vom Senat wahrgenommen. Die Bezirksversammlungen (nicht die Bürgerschaft) können Verwaltungshandeln steuern, aber auch nur auf Bezirksebene. Die Fachbehörden steuert der Senat und gibt der Bürgerschaft das Ergebnis seines Handelns zur Kenntnis. Das Ergebnis dieser Aufgabenteilung ist, dass die WählerInnen nicht wissen, wer tatsächlich für ihr Problem zuständig ist. Dieser Mischstand führt, wie wir alle feststellen können, zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit und zu einer stetig abnehmenden Akzeptanz der Gremien Bezirksversammlung und Bürgerschaft in der Bevölkerung.

Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen, zumindest nach meinen Erfahrungen in jetzt zwölf Jahren Kommunalpolitik, an kommunalpolitischen Entscheidungen stärker beteiligt werden. Sie wollen erkennbar an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken. Dieses wird von der Hamburger Verwaltungswirklichkeit nur unzureichend berücksichtigt.

Volle kommunalpolitische Beteiligung für alle!

Zusätzlich zu diesen Gründen gibt es auch einen rechtlichen Grund für eine Kommunalverfassung in Hamburg: Der

Grundgesetzgeber hat bei der Umsetzung europäischen Rechts den Artikel 28 des Grundgesetzes, der die Existenz von Gemeinden in der Bundesrepublik regelt, erweitert. Neben der schon vorher vorhandenen grundsätzlichen Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung und den Hinweisen, in welcher Form diese Selbstverwaltung stattzufinden hat (zum Beispiel steuerlicher Hebesatz), ist in den Artikel die kommunalpolitische Beteiligung von Unionsbürgern eingefügt worden. Neu ist, dass UnionsbürgerInnen zwingend an der Kommunalpolitik zu beteiligen sind.

Die Beteiligung hat durch allgemeine, freie, gleiche und unmittelbare Wahlen zu erfolgen.

Diese Kriterien erfüllt die Wahl zur Bezirksversammlung zweifelsfrei. Nur ist die Bezirksversammlung rechtlich gesehen kein Kommunalparlament, sondern ein Verwaltungsausschuss. Dieser wird auch gelegentlich noch durch eine Evokation (das heißt der Senat zieht einen Vorgang an sich) in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Gleichzeitig liegt aber in vielen kommunalpolitischen Handlungsfeldern die Kompetenz von vornherein schon nicht bei den Bezirksversammlungen, sondern bei einer Fachbehörde oder dem Senat, an dessen Zusammensetzung die Unionsbürger nicht mitwirken. Hier wird ganz deutlich erkennbar, dass die inhaltlichen Selbstverwaltungsstandards, die der Art. 28 GG setzt, in Hamburg nicht gewahrt sind.

Den Unionsbürgern bleiben wesentliche Beteiligungsrechte verwehrt. Die Vorgaben des Grundgesetzes werden, sowohl in der Beteiligung der Unionsbürger als auch in der Ausgestaltung der Zuständigkeitsvermutung des kommunalen Selbstverwaltungsgremiums, verfehlt und

durch eine Scheinbeteiligung ersetzt.

Natürlich könnte man auf die naheliegende Idee kommen, Unionsbürger an den Wahlen zur Gemeindevertretung, der Bürgerschaft, teilnehmen zu lassen. Nichtdeutschen ist die Teilnahme an Wahlen zu Landesparlamenten (hier die Bürgerschaft) jedoch grundgesetzlich verwehrt. Eine Änderung dieser Regelung ist durch hamburgische Rechtssetzung ausgeschlossen.

Die Bezirksversammlung als echtes Kommunalparlament

So gesehen bleibt nur die Möglichkeit, zur Wahrung des Rechts der Unionsbürger auf kommunale Beteiligung in Hamburg aus den Bezirksversammlungen echte Kommunalvertretungen zu bilden.

Auch den Bezirken und ihren politischen Gremien ist eine tatsächliche eigenständige Selbstverwaltung, wie sie das Grundgesetz fordert, endlich zuzugestehen. Neben dieser rechtlichen Begründung sollte es für die SPD selbstverständlich sein, im Sinne von „mehr Demokratie wagen“, den HamburgerInnen egal, ob sie Unionsbürger oder Deutsche sind, eine demokratische Teilhabe an der Gestaltung der Politik „vor Ort“ zu ermöglichen.

Einen ersten, aber nicht unwesentlichen Schritt zur Schaffung einer Kommunalverfassung haben die HamburgerInnen mit dem Volksgesetz zur Wahlkreisreform schon vorweg genommen. Dadurch wurde den Bezirksversammlungen das eigenständige Recht eingeräumt, Wahlkreise zu bilden und diese in Größe und Zuschnitt selbst festzulegen. Ein erster Schritt hin zu mehr kommunaler Autonomie und Entscheidungstransparenz hin zu einer Kommunalverfassung. ■

iaf in Not



Von Ilse Schwenkel-Omar

Die iaf gibt es in Hamburg seit 1973 – die Beratungsstelle besteht seit 1992.

Sie ist vernetzt mit anderen Landesgruppen in der gesamten Bundesrepublik. Obwohl sie eine – auch von der Behörde für Soziales und Familie – anerkannt gute Arbeit leistet, sollen ihr jetzt die Fördermittel gestrichen werden. Für mich ein Anlass, mit einer der Mitarbeiterinnen – Cornelia Pries – zu sprechen

Nordwind: *Wie wurde die Streichung der Finanzmittel von der Behörde begründet?*

Cornelia Pries: Die Behörde hat uns durch Herrn Uwe Riez, den Leiter des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung, mitgeteilt, dass ein spezielles Angebot für Familien mit Migrationshintergrund nicht weiter finanziert werden soll.

Die Beratungen sollen durch die Erziehungsberatungsstellen, die Ämter für Soziale Dienste und durch andere Träger wie den Verband Alleinerziehender Mütter und Väter VAMV übernommen werden.

Unsere Befürchtung, dass deutsch-ausländische Familien dort nicht gut aufgehoben sind, beruhen darauf, dass diese Institutionen viele Ratsuchende an uns überweisen. Sie haben der Senatorin bereits mitgeteilt, dass sie nicht in der

Lage sind, unsere Ratsuchenden zu übernehmen.

Wir bekommen eine Förderung von 83.000 Euro im Jahr 2004. Die iaf hat 2003 400 persönliche Beratungen (davon über ein Drittel durch ehrenamtliche Beraterinnen), dazu noch telefonische Beratungen und Gesprächskreise durchgeführt. Auch unsere selbstorganisierten Freizeitaktivitäten sind für die häufig isolierten bikulturellen Familien äußerst wichtig.

Nordwind: *Was ist das Besondere an der Arbeit der iaf?*

Cornelia Pries: Die iaf war und ist auch heute noch eine Selbsthilfeorganisation, in der Binationale von jeher von anderen Binationalen beraten wurden. Mit zunehmender Komplexität der Fragen ist dieses Angebot immer professioneller und differenzierter geworden: Es umfasst Konfliktberatung, Trennungs- und Scheidungsberatung, Beratung und Begleiteten Umgang bei Sorgerechtskonflikten und drohender Kindesmitnahme, fernereine allgemeine Beratung, in der es auch um Themen geht wie „Worauf lasse ich mich bei einer Heirat ein?“ oder „Wie können wir Mehrsprachigkeit in der Familie leben?“.

Eine Besonderheit ist, dass wir die hauptamtliche mit der ehrenamtlichen Arbeit so verbinden, dass wir uns gut ergänzen. Gerade im ehrenamtlichen Team sind viele Sprachen und unterschiedliches kulturelles Hintergrundwissen ver-

Beratungsstelle des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften ab 2005 ohne Förderung

treten, und das ist etwas, was die Ratsuchenden an uns schätzen. Es ist für viele Ratsuchende auch ganz wichtig, dass wir keine staatliche Institution sind.

Binationale Paare erleben häufig staatliche Kontrolle. Sie erleben, dass man ihnen Scheinehen unterstellt. Der Weg zur Eheschließung ist lang und mit Forderungen nach zahlreichen, zum Teil schwer zu beschaffenden Dokumenten gepflastert. Bikulturelle Paare haben nicht unbedingt ein positives Verhältnis zu Behörden.

Nordwind: *Welche Konsequenzen hat es für bikulturelle Ratsuchende und vor allem für die Kinder, wenn die iaf ihre Arbeit nicht fortsetzen kann?*

Cornelia Pries: Auf der einen Seite werden viele Paare sehr unvorbereitet in ihre Beziehung gehen. Viele Familien werden weniger Möglichkeiten haben, konstruktiv mit Konflikten umzugehen. Für die Kinder heißt es, dass sie das Spannungsfeld zwischen zwei Kulturen eher als ein Dazwischen und nicht als ein Miteinander erleben können, was für die Entwicklung ihrer kulturellen Identität viel besser wäre.

Für die Kinder, deren Eltern es nicht schaffen, miteinander im Gespräch zu bleiben, heißt das, dass sie bei einer Scheidung einen Elternteil kaum noch sehen können. Denn um den Umgang oder ein gemeinsames Sorgerecht regeln zu können, braucht man eine Vertrauensbasis und die Möglichkeit, miteinander zu kommunizieren.

Ole von Beust hat in seiner Regierungserklärung vom 31. März 2004 gesagt, dass die Bereiche Familie, Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und die ehrenamtliche Arbeit Schwerpunkte der Arbeit des Senats sein würden. Vor diesem Hintergrund ist noch unverständlicher als ohnehin schon, dass die iaf nicht mehr gefördert wird. Aber vielleicht hängt das ja doch mit der Klientel zusammen. ■

Raus aus der „Agenda“-Sackgasse!

Sozialdemokratische Alternativen für Innovation und soziale Gerechtigkeit

Von Urs Tabbert und Sönke Klages

Seit Beginn der öffentlichen Debatte über die Agenda 2010 befindet sich die SPD in der öffentlichen Zustimmung quasi im freien Fall. Weit entfernt von den 38,5 % der letzten Bundestagswahl liegt die Partei in bundesweiten Umfragen bereits seit Monaten bei zum Teil unter 25 Prozent.

Damit einher geht ein dramatischer Mitgliederschwund. Im ersten Quartal dieses Jahres haben uns ungefähr halb so viele Genossinnen und Genossen den Rücken gekehrt wie im gesamten letzten Jahr als die SPD 6,2 Prozent ihrer Mitglieder, ungefähr 42.000 (!), verloren hat – circa 38.500 durch Austritte.

Doch die Parole unserer Führung lautet immer noch: „Weiter so. Wir haben Recht, die Menschen verstehen es nur nicht.“ Diese Sturheit ist kein Ausdruck von Standfestigkeit, sondern von Hilflosigkeit.

Schritte aus der Krise statt Kopf in den Sand

Warum stößt die momentane Politik der Bundesregierung auf derart viel Widerstand, obwohl die Reformen doch angeblich „alternativlos“ sind und auch die Opposition nicht mit überzeugenden Konzepten aufwarten kann? Es ist höchste Zeit, ernsthaft und selbstkritisch in eine Analyse der Ursachen einzusteigen und daraus rasch die Konsequenzen zu ziehen. Denn spätestens eine Niederlage bei den Landtagswahlen in NRW und eine damit einhergehende 2/3-Mehrheit der CDU im Bundesrat wird die Bundesregierung quasi handlungsunfähig machen. Für Konsequenzen einer SPD-geführten Regierung ist es dann zu spät.

Zwei Hauptursachen der Krise

Zwei Hauptursachen für das anhaltende Tief der SPD liegen auf der Hand. Bei beiden handelt es sich nicht nur um inhaltliche, sondern auch um Glaubwürdigkeitsprobleme:

1. Die Politik der Bundesregierung hat nach fast sechs Jahren nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Genau daran wollte sich Gerhard Schröder jedoch messen lassen.

Wir haben mittlerweile den Beleg, dass die massiven Steuerentlastungen in



zweistelliger Milliardenhöhe, insbesondere für Großkonzerne, nicht dazu geführt haben, dass mehr Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen wurden. Vielmehr wurde das gewonnene private Kapital oftmals im Ausland investiert. Auch die neoliberale Glaubensformel „Steuersenkungen refinanzieren sich durch Wirtschaftswachstum“ ging nachweislich nicht auf.

Auf der anderen Seite hat sich die Bundesregierung dadurch in ihren Handlungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Bei einem Haushaltsdefizit deutlich über den Maastricht-Kriterien bleibt kaum Handlungsspielraum für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und öffentliche Infrastruktur. Ein Großteil der Steuerausfälle traf die Kommunen, die – oftmals am Rande des finanziellen Kollapses – keine Mittel mehr für Investitionen in die lokale Infrastruktur haben, worunter wiederum mittelständische Unternehmen und das Handwerk leiden, da immer mehr öffentliche Aufträge wegfallen. Die Kommunen selbst müssen Personal abbauen, worunter die soziale Infrastruktur (Schwimmbäder, Bücherhallen etc.) leidet.

Auch ist nicht recht erkennbar, wie „Hartz IV“ mehr Jobs schaffen soll. Zwar ist es richtig, die Arbeitsvermittlung zu verbessern, jedoch wird dies allein die Arbeitslosenzahl nicht wesentlich reduzieren und keine neuen Arbeitsplätze schaffen – höchstens Billigjobs, die bestehende tarifliche Arbeitsplätze noch zusätzlich zu verdrängen drohen.

2. Die Agenda 2010, besonders „Hartz IV“, werden vom Wählerpotenzial der SPD zu großen Teilen als sozial unausgewogen empfunden. Uns droht der dauerhafte Verlust unseres „Markenzeichens“ „Soziale Gerechtigkeit“. Zwei Drittel der Menschen verbinden damit nicht mehr die SPD.

Viele Menschen erkennen eben doch gerechtere Alternativen zu den Reformkonzepten der Bundesregierung. Alternativen, die die Lasten derart verteilen, dass die starken Schultern entsprechend ihren Fähigkeiten mehr zu tragen haben als die schwachen.

Wenn der Bundeskanzler die Einsparungen bei Arbeitslosen im Zuge von „Hartz IV“ als gerecht bezeichnet, da das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II zu einem großen Teil von Verkäuferinnen und Krankenschwestern finanziert werde, dann kommt vermutlich nicht nur uns der Gedanke, ob es gerecht ist, dass überwiegend Verkäuferinnen und Krankenschwestern die Last des Sozialstaats tragen sollen, während die beschlossene Absenkung des Spitzensteuersatzes auf nur noch 42% (bei gleichzeitiger Beibehaltung der bestehenden Steuerschlupflöcher) im Gesamtvolumen Besserverdienende ungefähr genauso stark entlastet, wie „Hartz IV“ dem Bundeshaushalt an Einsparungen bringen soll.

Mut zu Konsequenzen statt „weiter so“

Der Ausweg aus der desolaten Lage der Partei muss aus unserer Sicht mit dem

Eingeständnis beginnen, dass Steuersenkungen und der Abbau von Sozialleistungen nicht zu einer Lösung des Arbeitslosenproblems geführt haben und führen werden.

Denn gerade in ihrer Kombination – steuerliche Entlastungen einerseits, neue Belastungen durch private Vorsorgeaufwendungen andererseits – haben sie nicht zu einer Belebung der äußerst schwachen Binnennachfrage geführt, die aber die wichtigste Voraussetzung für Wachstum, Investitionen und damit neue Arbeitsplätze darstellen würde. Dies wird noch verstärkt durch die immer deutlichere Tendenz zur Absenkung der Reallöhne auf breiter Front und durch eine staatliche Niedriglohnpolitik.

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren, wenn auch nur schwach, gestiegen ist, stellt sich die Frage, warum die Nachfrage nicht auch gleichzeitig in einem Maße gestiegen ist, dass insgesamt mehr Arbeitsplätze entstehen? Als Ursachen hierfür wird überwiegend angeführt, dass viele Menschen in Zeiten, in denen die Furcht vor Arbeitslosigkeit und mangelnder sozialer Absicherung grassiert, dazu neigen weniger Geld auszugeben.

Weiterhin entscheidend ist wohl auch, dass die gesellschaftliche Umverteilung des Reichtums von unten nach oben (trotz schwacher Konjunktur und Massenarbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Millionäre weiter – auf circa 756 000 – gestiegen), meist dazu geführt hat, dass das Geld in geringerem Umfang wieder in den Wirtschaftskreislauf eingespeist und reinvestiert werden konnte. Wenn jemand nur 1000 € verdient ist es wahrscheinlicher, dass er Einkommenszuwächse ausgibt, als jemand der das zehnfache verdient.

Alternative 1: Aktive Beschäftigungspolitik durch öffentliche Investitionen

Entgegen weitverbreiteter Skepsis können staatliche Investitionsprogramme sehr wohl geeignet sein, Nachfrage und Beschäftigung im Inland zu erzeugen – wenn sie gezielt auf bestimmte Aufgaben und vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe konzentriert werden.

Dies sollte geschehen durch:

- Programme zum ökologischen Umbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur (wozu der Genosse Hermann Scheer vor

zwei Jahren ein ausgearbeitetes Programm vorgelegt hat)

- eine Stärkung der Kommunen, damit diese ihre soziale und bauliche Infrastruktur sanieren und ausbauen können; dies würde auch endlich die Auftragslage von (weitgehend regionalem) Handwerk und Baugewerbe verbessern
- einen Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit und Pflege

Bürgerversicherung bietet für die SPD die Chance, gleich mehrere der vorgenannten Probleme anzugehen, die zum augenblicklichen Tief der Partei beigetragen haben. Im Idealfall kann die Bürgerversicherung nämlich folgendes leisten:

- Absenkung der arbeitseinkommenbezogenen Beiträge zur Sozialversicherung durch stärkere Belastung von Kapitaleinkommen
- sozialen Ausgleich dadurch, dass Bes-



Alternative 2: Sanierung der Staatsfinanzen durch neue Steuerpolitik

Investitionen kosten Geld, deshalb lautet die Frage natürlich: woher soll es kommen? Jenseits der Debatte um die Sinnhaftigkeit von zeitlich begrenzter Kreditaufnahme geht es v.a. um eine radikale Modernisierung der Steuerpolitik, die drei Ziele kombiniert: erstens Vereinfachung des Steuerrechts durch die Reduzierung von Privilegien und Schlupflöchern, was zweitens die Verhinderung von Steuerflucht und -hinterziehung vereinfachen würde und drittens die Erzielung höherer Staatseinnahmen durch die wieder stärkere Heranziehung von Gewinnen, hohen Einkommen und Vermögen.

Sowohl die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, als auch die Gewerkschaft ver.di haben hierfür ausgearbeitete Konzepte vorgelegt.

Alternative 3: Modernisierung des Sozialstaats durch die Bürgerversicherung

Die augenblickliche Debatte um die

serverdienende mehr als bisher in die Krankenversicherung einbezahlen

- Sicherung und Erhöhung der Qualität medizinischer Leistungen
- Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor

Wie dies im Einzelnen geschehen soll ist eine Frage der politisch-praktischen Umsetzung. Letztlich könnte eine Verbesserung der Einnahmeseite von Krankenversicherungen durch eine zweite Beitragsbemessungsgrenze für Kapitaleinkünfte erzeugt werden oder durch zusätzliche Steuereinnahmen aus Kapitaleinkünften. Entscheidend ist, dass möglichst alle vorgenannten Potenziale der Bürgerversicherung realisiert werden.

Sämtliche Alternativen zusammen bergen die Chance, dass die SPD in der öffentlichen Meinung tatsächlich wieder als Partei für Innovation und Soziale Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Es liegt an uns: Haben wir den Mut, die Sackgasse zu verlassen und einen neuen Weg für gerechte und ökonomisch wirksame Reformen einzuschlagen? Wir sollten es wagen, denn ansonsten werden wir vielleicht lange Zeit keine Gelegenheit mehr dazu haben!

Ein Fall für Zwei

Zu einem interessanten Diskussionsabend hatten die Vorsitzenden der beiden SPD-Distrikte Langenhorn Nord und Süd, Thomas Stripp und Christian Carstensen, im August eingeladen. Als Gast konnte der Landesvorsitzende der Partei, Dr. Mathias Petersen begrüßt werden

Von Bärbel Buck

In seinem Vortrag berichtete Petersen zunächst über die zukünftigen Schwerpunkte der Hamburger SPD.

Hierzu zählt insbesondere die Vorbereitung auf das neue Wahlsystem zur nächsten Bürgerschaftswahl.

Nachdem die Bevölkerung dieses Wahlrecht bei der Volksabstimmung im Juni mit großer Mehrheit beschlossen hat, fühlt sich Mathias Petersen nun an diesen Bürgerentscheid gebunden. Nachträgliche Veränderungen, wie von der CDU ins Spiel gebracht, lehnte er eindeutig ab.

Diese konsequente Haltung unterstrich er im Namen der gesamten Partei auch für den Umgang mit den anderen Volksbegehren. So lehnt die SPD den Verkauf der Hamburger Krankenhäuser weiterhin entschieden ab und weiß dabei rund zwei Drittel der Bevölkerung hinter sich.

Der vom CDU-Senat geplante Verkauf gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger ist in seinen Augen ein Betrug am Wähler. Ole von Beust müsse sich gut überlegen, ob er mit den Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler im Rahmen

eines Volksentscheides tatsächlich so umgehen will. Auch mit einer absoluten Mehrheit dürfe man nicht so arrogant auftreten.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die laufenden Initiativen gegen den Verkauf der Wasserwerke und die Privatisierung der Berufsschulen hingewiesen. Wie auch bei den Krankenhäusern sei ein derartiger Verkauf nie wieder rückgängig zu machen. Mit den negativen Folgen müssten die Hamburgerinnen und Hamburger auch dann noch fertig werden, wenn von Beust und seine Partei längst nicht mehr im Amt seien.

Reformen trotz Lage der Partei

In seiner Rede und der anschließenden Diskussion ging Dr. Petersen allerdings auch auf die derzeitige Situation der SPD in Hamburg und bundesweit ein. Auch wenn sich diese schwierige Lage wohl auch in nächster Zeit nicht grundlegend ändern werde, zeigte sich der Landesvorsitzende dennoch überzeugt, dass der Weg, im Bund dringend notwendige Reformen anzupacken und in Hamburg eine konstruktive Oppositionsarbeit zu betreiben, richtig sei.

Allerdings nahm er dabei auch die anwesenden Parteimitglieder in die Pflicht, sich noch stärker als bisher um den direkten Kontakt zur Bevölkerung und den örtlichen Institutionen zu bemühen. Wichtig sei bei den großen Reformen, dass die Menschen ausreichend informiert werden.

Angebote zur Information und Mitarbeit seien für jeden Interessierten ausreichend vorhanden.

Wir alle in der SPD sind die Partei

Allen Mitglieder und Freunden bot Dr. Petersen insbesondere die Mitgestaltung bei so wichtigen Themen wie der Familienpolitik, bei den Finanzen und zum Thema Soziale Stadt an.

Außerdem wies er auf die Erarbeitung eines neuen SPD-Grundsatzprogramms hin, an dessen Formulierung mitgearbeitet werden könne.

Zum Abschluss bedankte sich der Landesvorsitzende Dr. Mathias Petersen für die interessante Diskussion. Ein Abend, der sich sicherlich für alle Anwesenden sehr gelohnt hat. ■



Juso-News

Die neugewählte Juso-Gruppe Barmbek/Barmbek-Nord/Dulsberg hatte geplant, bei ihrer konstituierenden Sitzung einen Gruppen-Sprecher zu bestimmen (siehe Nordwind 07/2004).

Aus dem Gruppen-Sprecher wurde schließlich ein Duo: Aziz Bozkurt und Phillip Hahn haben es sich zur Aufgabe gemacht, zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern, Nina Behlert, Ksenija Bekeris, Holger Elfers, Christopher Leineweber und Sabrina Nilson, Jugendliche für sozialdemokratische Politik zu begeistern und neu zu gewinnen.

„Leider drückt sich die Unzufrieden-

heit der Jugendlichen nicht mehr wie bei den 68ern dadurch aus, dass man versucht, Sachen selbst anzupacken und gemeinsam zu verändern. Jeder stöhnt vor sich hin und nichts geschieht.

Deshalb bedarf es gemeinsamen Engagements. Recht wird nicht geschenkt, sondern muss erkämpft werden“, so sehen es Aziz Bozkurt und Phillip Hahn.

Der Juso-Vorstand will sich zunächst dafür engagieren, Neumitglieder zu gewinnen, „Nichtaktive“ zu reaktivieren und Zugezogene einzubinden. Eine Arbeitsgruppe hierzu ist bereits gebildet worden. Ziel ist es, möglichst viele für Juso-Arbeit zu begeistern. Inhaltlich steht grundsätzlich die aktuelle Politik auf

kommunaler, Landes- und Bundesebene auf der Tagesordnung. Zudem soll es vermehrt Aktionen in Kooperation mit dem Juso-Kreisvorstand geben.

Interessierte können sich gerne bei den Gruppen-Sprechern informieren: Aziz Bozkurt (01 71/4 07 46 73 oder 0 40/21 00 74 12), Phillip Hahn (01 72/5 34 81 67).

Der Juso-Kreisvorstand wird am 28.09.2004 ab 20.00 Uhr eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Bürgerversicherung mit dem ASG-Vorsitzenden Dr. Martin Gödde durchführen. Veranstaltungsort: Kulturhaus Eppendorf, Martini-str. 40, Raum 3.

Rückfragen bitte an Urs Tabbert (01 79/5 05 91 56). ■

Neuer 60 plus Kreisvorstand gewählt

Am 13. April 2004 wurde in der 60 plus Vollversammlung der neue Kreisvorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende Otto Klauder hat aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder kandidiert. Zum neuen Vorsitzenden wurde der Genosse Werner Kiebel von der Versammlung einstimmig bestimmt

Sein Stellvertreter wurde Rolf Hohmann. Als Beisitzer sind im Vorstand außerdem Gerda Hesse, Helga Kühn, Vera Rolle, Ingeborg Feiten, Ernst-Arno Eggerstedt und nicht zuletzt Otto Klauder vertreten.

Arbeitsschwerpunkt wird sein, die Bundespolitik kritisch zu begleiten und mit unseren älteren Genossinnen und Genossen diese auch zu bewerten. Wir wollen den Senioren zuhören. Wir suchen das Gespräch mit ihnen. Dabei geht es darum, die besten Rahmenbedingungen für die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, und zwar in allen Bereichen, zu garantieren. Wir wollen aber auch die Voraussetzungen schaffen, dass jüngere Menschen die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Generationen nutzen können.

Niemand ist von den Reformbemüh-

ungen der Bundesregierung stärker betroffen als die Generation der Rentnerinnen und Rentner, insbesondere, wenn sie Arbeiter oder Angestellte waren. Ihre Renten sollen 2004 nicht dem allgemeinen Einkommensanstieg angepasst und damit durch Inflationsverlust gekürzt werden.

In Hamburg leben 460.000 Bürgerinnen und Bürger, die älter als 60 Jahre sind. Und der Anteil der älteren Menschen wird in Zukunft noch deutlich zunehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass zukunftsorientierte Politik diesem Rechnung trägt.

Der neu gewählte Kreisvorstand will seine Arbeit darauf konzentrieren, dass die unsoziale und unmenschliche Politik des jetzigen Senats nicht noch mehr zum Nachteil der älteren Generation wird.

Wer Näheres erfahren will, einfach anrufen: Werner Kiebel, 0 40/ 299 78 83. ■

Neumitgliederseminar in Maschen

Vom 13.-15.8. fand im „Naturfreunde Ferienhaus Johann-Simonis-Haus e.V.“ ein Seminar für Neumitglieder statt.

Von Semjon Rens

Am 13. August zog es rund 23 Neumitglieder (von 19-60 Jahren) nach Maschen. Auf dem Programm stand zunächst eine Kennenlernrunde und ein Erfahrungsaustausch über die Partei. Weitere Themen waren dann: Einführung in die Geschichte der SPD, Sozialdemokratische Programmatik/Grundwertesowie die Organisationsstruktur der Partei (moderiert von Thomas Völsch), aktuelle Politik, Kommunalpolitik (moderiert von Mathias Petersen) und zu guter Letzt ein kommunalpolitischer Leitfadens. Wer meint, dass dies nach einem trockenen Wochenende mit vielen langen Lesungen, wenig Bewegung und Spaß klingt, der irrt. So gingen einige TeilnehmerInnen morgens im nahen See schwimmen. In den Pausen wurde Tischtennis gespielt oder auf der Terrasse über das eben Gelernte diskutiert. Das nächste Seminar findet am 13./14.11. (Infos über das Kreisbüro) statt. ■

Buchempfehlung

„Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren.“

Von Sönke Klages

Unser Genosse Albrecht Müller ist uns bekannt als Assistent von Karl Schiller, als Wahlkampfmanager von Willy Brandt sowie als dessen und Helmut Schmidts Planungschef im Kanzleramt, zuletzt bis 1994 als Bundestagsabgeordneter.

1938 geboren und zum Volkswirt ausgebildet, beobachtet er das politische Geschehen in Deutschland seit Jahrzehnten.

Rücksichtslos und offen

Sein eben erschienenes Buch „Die Reformlüge“ ist rücksichtslos im besten Sinne im Bezug auf (partei-)politi-

sche Opportunitäten, ohne Rücksicht auf die Dogmen des vorherrschenden politischen Diskurses.

Unter den „40 Denkfehlern, Mythen und Legenden“ finden sich viele, die in den letzten Jahren zu fast selbstverständlichen Phrasen in unseren Debatten geworden sind, ja die nicht nur den neoliberalen Vielschreibern, sondern auch unseren Spitzengenos/innen als Begründun-

gen für allerlei „Reformen“ dienen. Die zentralen Reformbegründungen „Globalisierung“ und „Alterung“ werden nüchtern auf ihren Kern zurückgeführt, von Einseitigkeiten befreit und die These widerlegt, sie würden einen Abbau beziehungsweise eine Privatisierung der Sozialversicherungen erzwingen.

Der Mythos vom politischen und wirtschaftlichen Sachzwang

Regelrecht auseinander genommen werden eine Reihe von Behauptungen, die sich um das Thema Wettbewerbsfähigkeit drehen, darunter die Bedeutung von Löhnen, Lohnnebenkosten und Arbeitszeiten.

Entgegen den herrschenden Dogmen legt der Ökonom Müller überzeugend dar, warum die Löhne tatsächlich zu tief und die Arbeitszeiten (für viele) zu hoch sind.

Demgegenüber begründet er unter anderem, warum staatliche Investitionsprogramme keineswegs unwirksam sein müssen, warum Steuersenkungen und Sparpolitik eher kontraproduktiv sind und „Deregulierungen“ (zum Beispiel des Kündigungsschutzes) keineswegs zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Die Dogmen in der Politik

Müller untersucht aber auch, warum diese Dogmen in der öffentlichen Debatte und im Denken der meisten politischen Akteure so dominant werden konnten.

Er zeigt auf, aus welchen Interessen und mit welchen Mitteln vor allem Wirtschaftsverbände mit massivem Gedeinsatz über viele Jahre das Meinungsklima nachhaltig beeinflusst haben.

Aber auch, welche geschickten, auch verdeckten Strategien von den Wirtschaftsverbänden dabei verfolgt werden und warum die Parteien der Lin-

ken (SPD und Grüne) dem weitgehend wehrlos gegenüber stehen.

Detaillierte Analyse der Wissenschaft

Er analysiert die Rolle der Wissenschaft und die Anpassungsprozesse auch bei ehemals kritischen Intellektuellen und Medienschaffenden beispielhaft anhand der Entwicklung des Magazins „Der Spiegel“ vom einstmaligen Flaggschiffkritisch-distanzierten Journalismus hin zu einem populistischen Blatt, in dem man mittlerweile im Kern immer die gleiche neoliberale Propaganda lesen muss (für die „Zeit“ gilt weitgehend dasselbe).

Es sei also gewarnt: Wer Angst vor gedanklicher Abweichung hat, wer lieber weiter mit dem Strom schwimmt, sollte dieses Buch nicht lesen.

Für alle anderen, und für die Diskussionskultur in der SPD, ist es eine große Bereicherung. ■

Rechtsanwälte Scharf & Wolter



in Hamburg-Barmbek:

Elmar Böhm
Strafrecht,
Ausländerrecht,
Arzthaftungsrecht
(Tätigkeitsschwerpunkte)

Marta Ahrens
Mietrecht,
Verkehrsrecht,
Allg. Zivilrecht
(Interessenschwerpunkte)

Dr. Alexander Scharf
Arbeitsrecht, Kündigungs-
schutzrecht, Allg. Zivilrecht
(Tätigkeitsschwerpunkte)
Beratung auch auf Russisch

Gernot Wolter
Fachanwalt für Familien-
recht (Scheidung, Sorge-
recht, Unterhalt), Erb-
recht, Verkehrsrecht
(Tätigkeitsschwerpunkte)

Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62

in Hamburg-Bergedorf:

Julia Sartor
Familienrecht
Erbrecht
Verkehrsrecht
(Interessenschwerpunkte)

Jessica Wilkens
Arbeitsrecht
Mietrecht
Allg. Zivilrecht
(Interessenschwerpunkte)

Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61

www.scharf-und-wolter.de

Fahrenheit 9/11

Deutsche Fassung/Dialoge O.m.U.

Von Urs Tabbert

Der Kriegspräsident George W. Bush („I'm a war President“) sitzt in einer Grundschule und blättert handlungsunfähig in einem Kinderbuch. 10 Minuten zuvor hatte er die Mitteilung erhalten, dass die Symbole der amerikanischen Finanz- und Militärmacht unter Beschuss stehen.

Mit Sondergenehmigung des FBI verlassen Angehörige von Bin Laden in den Tagen nach dem 11. September per Flugzeug das Land, während in ganz Amerika ein Flugverbot herrscht. Der Mann, mit dem zusammen George W. Bush seinem Dienst bei der National Guard in Zeiten des Vietnamkrieges unentschuldig fernblieb, ist ein Geldgeber der Familie Bush aus dem Bin Laden-Clan. Ganze zwei Monate nach dem US-Einmarsch in Afghanistan wird die Gegend, in der sich Bin Laden angeblich aufhält, nicht tangiert.

Gleichzeitig kommen mit der von den USA eingesetzten afghanischen Regierung Verträge über eine Ölpipeline zustande. In Amerika werden elementare Bürgerrechte mit dem „National Patriot Act“ eingeschränkt und die Bevölkerung wird mit täglichen Terrorwarnungen in Angst und Schrecken versetzt, während in ganz Oregon nur eine Handvoll Polizisten die Pazifikküste überwachen.

Derweil tummelt sich George W. Bush auf Galadiners mit den Reichen und Superreichen („some call you the elite – I call you my base“).

Michael Moore („Bowling for Columbine“, „Roger and Me“) belehrt nicht, sondern lässt in seinem neuesten Dokumentarfilm die Fakten und vor allem die Betroffenen der Politik von

George W. Bush sprechen. Am erschütternden ist dabei der Beitrag der überzeugten Patriotin Lila, die ihren Angehörigen zu einer Karriere beim Militär rät, um den sozialen Aufstieg aus ärmlichen Verhältnissen zu schaffen. Erst als ihr Sohn im Irak stirbt, wird ihr die Absurdität des mit fadenscheiniger Begründung geführten Irakkrieges bewusst. Nur ein Kind eines Kongressabgeordneten hat sich freiwillig dazu gemeldet.

Beängstigend authentisch

Michael Moore verwendet zwar Fernsehbilder und Informationen, die meist allgemein zugänglich sind, aber dadurch dass er sie in einen Zusammenhang stellt, wird auch dem mit der aktuellen US-Politik nicht Vertrauten deutlich, welchem Zweck Politik und Propaganda der Bush-Regierung dienen: Dem Ausbau der

Macht einer reichen „Elite“ durch permanenten Krieg – in der Realität und in den Köpfen der Bevölkerung.

Bei aller möglichen Kritik an der filmischen Aufbereitung der Materie, der zuweilen starken Emotionalisierung sowie einseitigen Darstellung – die akribisch gesammelten und sortierten Fakten sprechen eine so klare Sprache (sie wurden auch im Wesentlichen durch die „9/11-Commission“ bestätigt), dass es unmöglich ist, den Film ins Reich der Verschwörungstheorien zu verweisen, wie dies vielerorts hinsichtlich fundamentaler Regierungskritik geschieht. Für den Zuschauer wird es so unausweichlich, sich mit den Hintergründen von Krieg und Kriegspropaganda auseinander zu setzen.

„Gewinner waren wir nicht, aber wir haben gekämpft“

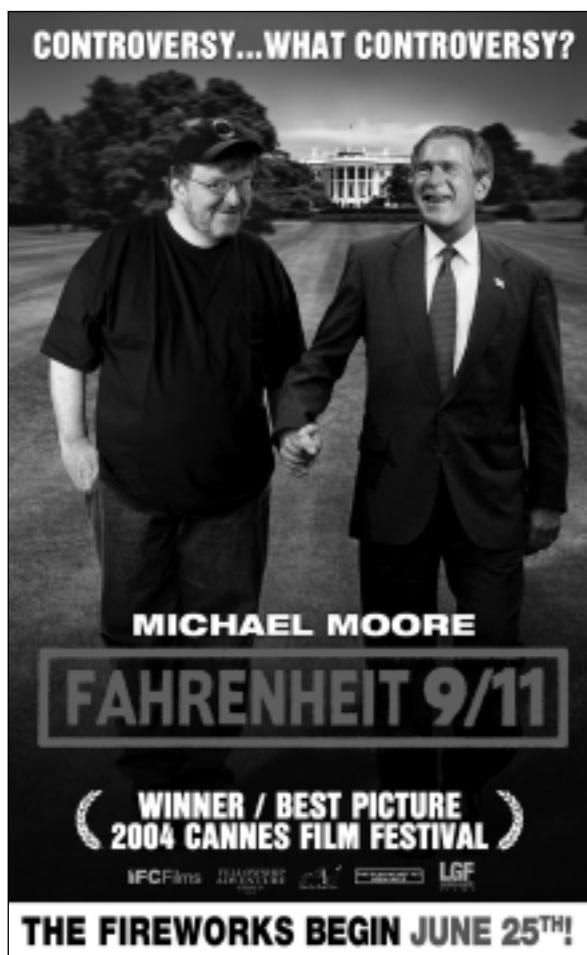
Die Arbeitsgemeinschaft 60plus und der Kreisvorstand präsentieren einen Film der Barmbeker Geschichtswerkstatt, der von Gewerkschaftern gedreht wurde und sich unter anderem mit der Zerschlagung der Firma Heidenreich & Harbeck auseinandersetzt.

Der Film spricht sowohl die an, die diese Zeit miterlebt haben und eigene Erinnerungen damit verbinden, als auch junge Menschen, die diese Ereignisse hier als ein Stück ihrer eigenen Geschichte erleben können.

Geschichte nicht als etwas Abstraktes, sondern etwas tatsächlich Erlebtes – das ist die Intention des Films.

Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Genossinnen und Genossen, aber auch Freunde und Bekannte Lust hätten, diesen Film mit uns zu sehen am:

**Donnerstag, den 18. 11.2004,
um 18 Uhr im
Gemeindesaal St. Marien,
Am Hasenberge 44
(U-/S-Bahn Ohlsdorf)**



Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstand Hamburg-Nord 2004

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellvertretende Vorsitzende	Verena Blix	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Stellvertretender Vorsitzender	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Beisitzerin	Anja Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Beisitzer	Thomas Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Beisitzerin	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Beisitzerin	Wiebke Gülcubuk	22415, Langenhorner Ch.122	5 31 94 06
Beisitzer	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	
Beisitzer	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Beisitzer	Elmar Böhm	22083, Bachstr. 135	22 73 92 50
Beisitzer	Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Beisitzer	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Beisitzer	Manfred Köster	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	27 16 68 03
Beisitzer	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
Beisitzer	Urs Tabbert	22529, Münsterstr. 10a	52 01 42 52

Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	20251, Geschw.-Scholl-Str. 146	53 0356 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruich	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Dirk Zieciak	22049, Lengerckestr. 48	69 79 74 21
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22299, Hudtwalckerstr. 27. 3	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Sönke Klages	22305, Vollmersweg 6	22 73 93 97

Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schudlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
	Heike Lucas	20249, Faaßweg 4	46 09 17 40
JUSOS	Marianne Hirschberg	22305, Vollmersweg 6	44 34 80
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
	Hartmut Dignas	22527, Wördemanns Weg 10	
60 plus	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	
	Rolf Hohmann	22335, Alsterkrugchaussee 399	

Bürgerschaftsabgeordnete

Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26/4 28 31-13 35
Wilfried Buss	22397, Krempehege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	22085, Hans-Henny-Jahnn-Weg 44	
Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09/27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61
	AO-Büro	51 32 47 14

Sonstige Ansprechpartner

Stellvertretende Vorsitzender der Bezirksversammlung	Heidemarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann		4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter	Hans-Werner Nebel		4 28 32-22 33
Barmbek-Uhlenhorst			
Ortsamtsleiter	Günter Schwarz		4 28 04-40 00
Fuhlsbüttel			

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstandssitzungen

Die nächsten Kreisvorstandssitzungen finden statt am **Freitag, 22.10.2004, 19 Uhr**
Freitag, 19.11.2004, 19 Uhr

Die Sitzungen sind wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und finden in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44, statt

Neues Wahlrecht

Informationsveranstaltung am Mittwoch, den 20. Oktober 2004, um 19.30 Uhr im Gemeindesaal Maria Magdalenen, Stübeheide 172 (S-Bahn Kronweg).

Eine Einführung ins Thema von Dr. Andreas Dressel (MdHBü).

Arbeitskreise Bildung, Grundsatzprogramm, Gesundheit/Soziales

... gibt es bei uns im Kreis und sie tagen regelmäßig. Wenn euch diese Themen interessieren, bitte im Kreisbüro anrufen und ihr bekommt in Zukunft die Einladungen dazu.

„Gewinner waren wir nicht, aber wir haben gekämpft!“

Filmvorführung (siehe Artikel S. 12) am Donnerstag, den 18. November 2004 um 18 Uhr im Gemeindesaal St. Marien, Am Hasenberge 44

Zu den Themen „**Hartz IV**“, **Bürgerversicherung** und auch **Wahlrechtsreform** werden in allen Distrikten Veranstaltungen geplant. Bitte achtet auf die Einladungen, die ihr direkt von dort bekommt. Sprecht uns an, wenn ihr keine Möglichkeit seht, Euch zu informieren – wir können Euch ggf. weitere Termine nennen oder auch Material besorgen.

Thema Bürgerversicherung

Am 27. Oktober wird Andrea Nahles zum Thema Bürgerversicherung in der SPD-Landesorganisation Hamburg erwartet. Sie hat maßgeblich an dem vorgelegten Konzept mitgewirkt und wird es mit den Genossinnen und Genossen diskutieren. Der Ort und die genaue Zeit können im Kreisbüro (4 60 30 42) oder in der Landesorganisation (2 80 84 80) erfragt oder im Terminkalender im Internet angesehen werden.

Veranstaltung mit Johannes Kahrs

Die Distrikte Barmbek-Nord, Barmbek-Mitte und Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde laden ein zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs. Am 4. Oktober um 20 Uhr geht es im Kulturhaus Dehnhaide (Vogelweide 20b) um die aktuelle politische Lage, Hartz IV und die zukünftige Sozialpolitik der SPD

Jusos

Am Dienstag, den 28.09.2004, 20.00 Uhr, veranstaltet der Juso-Kreisvorstand eine öffentliche Veranstaltung mit dem ASG-Vorsitzenden Dr. Martin Gödde zum Thema Bürgerversicherung. Ort: Kulturhaus Eppendorf, Martinstr. 40, Raum 3
Juso-Kreisvorstand am Montag, den 04.10.2004, im Parteibüro der SPD Barmbek-Nord, Eckmannsweg 11 und am 01.11.2004 im Stadtteiltreff, Alsterdorferstr. 192 a, jeweils ab 18.30 Uhr
Juso-Gruppe Eppendorf/Winterhude/Mühlencamp/Großborstel: jeden 3. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr im Stadtteiltreff, Alsterdorferstr. 192 a
Juso-Gruppe Barmbek/Barmbek-Nord/Dulsberg: jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Eckmannsweg 11
Die Juso-Gruppensitzungen sind offen für alle Juso-Mitglieder der SPD HH-Nord

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet unter www.spd-hamburg.de/Nord eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte.



Wir sprechen mit Ihnen
und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und
Donnerstag, 14-16 Uhr
Tel. 28 08 48-32 /-0

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 HH

SPD Hamburg-Nord, 22337 Hamburg	
PVSt, DP AG, C 54203	Entgelt bezahlt

Gratulationen

Die Geburtstagskinder im September und Oktober 2004

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf):

70 Jahre:	Otto Kummerfeld (10.10.1934), Guenther Havemeister (14.10.1934)
75 Jahre:	Gerhard Oehlenschlaeger (09.10.1929), Werner Hamann (18.10.1929), Erika Woisin (22.10.1929), Gustav Hinsch (31.10.1929)
80 Jahre:	Edith Martens (05.09.1924), Brigitte Hartlieb (14.09.1924), Editha Möller (14.09.1924)
85 Jahre:	Erna Baumgarten (12.09.1919), Ernst Kruse (16.10.1919), Ilse Hoppe (17.10.1919)
95 Jahre:	Ursula Näther (22.10.1909)
100 Jahre:	Sidonie Nordhorn (02.09.1904)

*Wir gratulieren
ganz herzlich und
wünschen alles
Gute und vor allem
Gesundheit!*

Hamburg hat ein neues Wahlrecht!

Alle reden darüber. Es gibt Arbeitskreise und Kommissionen, die sich mit den Auswirkungen auf unsere Partei beschäftigen, mit Überlegungen zu Aufstellungsverfahren und vieles mehr. Das neue Wahlrecht wird unsere Partei verändern. Dabei sollten möglichst viele Genossinnen und Genossen mitreden können, denn es ist wichtig, dass wir diese Aufgabe gemeinsam tragen und bewältigen. Die Veranstaltung am 20.10.2004 (s. Veranstaltungskalender S. 15) soll ein Einstieg in diese Diskussion bieten und grundsätzliche Informationen liefern. Über eine rege Teilnahme freuen wir uns und bitten Euch, eine kurze Rückmeldung ins Kreisbüro zu geben. ■

100 Jahre!

Am 2.9. feierte die Genossin Sidonie Nordhorn ihren 100. Geburtstag. Schon 76 Jahre ist sie Mitglied in der SPD und hat eine lange und wechselhafte Geschichte miterlebt. So musste sie es miterleben, dass ihr Mann, Fritz Nordhorn, während der Nazizeit fast drei Jahre lang im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert war. Trotz aller Belastungen sind beide ihrer SPD immer treu gewesen und neben den Kindern kam jetzt natürlich auch die Partei zum Gratulieren. Bei einem kleinen Sekttempfang im Zimmer der Jubilarin übermittelten Inka Damerau für den Kreis und für die Landesorganisation Ties Rabe die Grüße, für den Distrikt Langenhorn-Süd hatte dies die stellvertretende Distriktvorsitzende und Vorsitzende der AG 60plus, Bärbel Buck, übernommen. ■

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 17):

31. Oktober 2004. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken:

Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

✉ Per Mail:
michael.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de

☎ Telefonisch:
Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge
44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg.de/ Nord

v.i.S.d.P.: Inka Damerau

Redaktion:

Michael Hüttel, Urs Tabbert
Gestaltung: acceptDESIGN,
www.acceptDESIGN.de

Druck: Hein&Co, Hamburg

Printmedien Schulungen

acceptDESIGN
Grafik-Design
Hamburg
01 71/1 04 87 89
www.acceptDESIGN.de

